

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Beschluss Vorstand | 26. Januar 2023

Horizon-Fonds-Gesetz; Stellungnahme der EDK: Verabschiedung

Das Generalsekretariat berichtet:

- 1 Mit Schreiben vom 4. November 2022 lädt die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) zur Stellungnahme im Rahmen der obgenannten Vernehmlassung ein.
- 2 Die Nicht-Assoziierung der Schweiz beim Horizon Europe-Programm führt zu einem Stabilitätsverlust im Bereich der Finanzierung. Die gesprochenen Mittel können als schwach gebundene Mittel aufgrund von Sparmassnahmen gekürzt werden. Der geplante Horizon-Fonds möchte hier Abhilfe schaffen, indem die Forschungskredite als gebundenen Mittel gesichert werden.
- 3 Ein solcher Fonds würde aus Sicht des Generalsekretariats die schwach gebundenen Mittel im BFI-Bereich gefährden. Dazu gehören die Kantonsbeiträge in der Berufsbildung.

Der Vorstand beschliesst:

Die Stellungnahme wird verabschiedet.

Bern, 26. Januar 2023

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren

Im Namen des Vorstands:

sig.

Susanne Hardmeier | Generalsekretärin

Anhang:

Stellungnahme

Zustellung an:

- Konferenzmitglieder

Dieser Beschluss wird auf der Website der EDK publiziert.

201-2 FK



Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

> Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) Ständerat Benedikt Würth, Präsident Bundeshaus 3003 Bern (per E-Mail)

26. Januar 2023 201-2 FK

Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe; Horizon-Fonds-Gesetz: Stellungnahme der EDK

Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrte Damen und Herren Ständerätinnen und Ständeräte

Am 4. November hat die WBK-S unter dem Titel «Standesinitiativen Kt. Iv. BL und BS *Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe»* eine Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über den Fonds zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Exzellenz in Forschung und Innovation (Horizon-Fonds-Gesetz) eröffnet. Die EDK bedankt sich für die Möglichkeit, zu dieser Vorlage Stellung nehmen zu können.

Die Teilnahme an den Europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen ist für die Schweizer Hochschulen von höchster Bedeutung. Deshalb hat sich die EDK wiederholt für eine Vollassoziierung an Horizon Europe und Erasmus+ ausgesprochen.

Solange keine Vollassoziierung an Horizon Europe und Erasmus+ besteht, muss mit Blick auf eine möglichst weitgehende Sicherstellung der Attraktivität des schweizerischen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatzes auf nationaler Ebene alles getan werden, um die finanziellen Mittel zu sichern, die für Übergangs-, Ergänzungs- und Ersatzmassnahmen vorgesehen sind. In diesem Sinn begrüssen wir die Überlegungen der WBK-S, Massnahmen zugunsten der Schweizer Forschenden, Lehrenden und Studierenden und damit des Schweizer Hochschulsystems zu ergreifen.

Mit dem vorliegenden Gesetz würde die Finanzierung für die europäische Forschung ähnlich stark gebunden, wie dies im Rahmen der angestrebten Assoziierung an Horizon Europe der Fall gewesen wäre. Wie der erläuternde Bericht ausführt, bleiben die Rückflüsse jedoch aus, die in früheren Programmen jeweils grösser waren als der Pflichtbeitrag. Für internationale Forschung an den kantonalen Hochschulen wäre der Fonds aber aufgrund der Sicherung der Mittel ein Vorteil.

Das Risiko, dass andere, weniger stark gebundene Bereiche wie insbesondere die Berufsbildungsfinanzierung geschwächt werden könnten, vergrössert sich mit dem vorliegenden Gesetz. Es liegt in der Verantwortung des Bundesparlaments, über die jährlichen Budgetentscheide dem BFI-Bereich die benötigte Stabilität zu gewähren.

Die Berufsbildungsfinanzierung war in der Vergangenheit immer wieder unter Druck, nicht zuletzt aufgrund des intransparenten Finanzierungsmechanismus des Berufsbildungsgesetzes. Die EDK kann diesem Gesetz daher nur zustimmen, wenn gleichzeitig eine stabile und transparente Berufsbildungsfinanzierung gewährleistet wird.

Susanne Hardmeier | Generalsekretärin

Freundliche Grüsse
Konferenz der kantonalen
Erziehungsdirektorinnen und -direktoren

Regierungsrätin Dr. Silvia Steiner | Präsidentin

Kopie an: Mitglieder der EDK